

# InfoGrün

## Auf Schuldenbergen können keine Kinder spielen

### Keine Steuersenkungen auf Pump



MdL Winfried Kretschmann  
Fraktionsvorsitzender

**Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland erreicht dieses Jahr den kaum noch vorstellbaren Betrag von 1700 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Ganz Baden-Württemberg müsste mehr als fünf Jahre arbeiten, um diese Schuld abzutragen. Es werden unsere Kinder und Enkel sein, die das alles bezahlen! Aber die CDU-FDP Bundesregierung will just in dieser Situation die Steuern senken und Länder und Gemeinden zwingen, noch mehr Schulden zu machen, um Kindergärten, Schulen und Hochschulen zu finanzieren.**

Alleine im Haushalt des Landes fehlen bis 2013 zusammen über 10 Mrd. Euro. Durch die geplanten Steuersenkungen kommen jedes Jahr beim Land und den Gemeinden neue Finanzierungslücken von jeweils einer Milliarde Euro dazu. Wenn dies so weitergeht, wird sich die Verschuldung des Landes von heute 43 Mrd. Euro auf fast 70 Mrd. Euro im Jahr 2020 erhöhen.

Aber auf Schuldenbergen können keine Kinder spielen!

### Keine Steuersenkungen auf Pump

Die Grünen haben nichts gegen Steuersenkungen – wenn das Geld da ist. Aber angesichts der erdrückenden Staatsverschuldung und vielen unerledigten Aufgaben sagen die Grünen: Jetzt keine Steuersenkungen auf Pump. Wer Kinder hat, weiß es: In den Schulen fallen viele Unterrichtsstunden aus. Die Studenten protestieren mit Recht über schlechte Bedingungen an den Hochschulen. Viele Landesstraßen sind in einem schlechten Zustand. Und die dringenden Probleme nehmen zu: Die Kopenhagener Klimakonferenz zeigt mehr als deutlich, dass wir auch in Deutschland eine große Verantwortung haben, mehr zu tun, um die Lebensbedingungen für nachfolgende Generationen zu schützen.

Alle diese Probleme erfordern es, dass Länder und Kommunen handlungsfähig bleiben. Die Grünen wollen das Geld in Bildung und Klimaschutz und nicht in die Zinsen für eine immer höhere Staatsverschuldung stecken. Deshalb ist für Steuersenkungen jetzt kein Spielraum

## Oettinger und Merkel brechen ihr Versprechen

Ministerpräsident Oettinger und Bundeskanzlerin Merkel haben mehrfach betont, eine Steuersenkung auf Pump komme nicht infrage – sie haben ihr Versprechen gebrochen und sind vor der FDP eingeknickt. Dem künftigen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Mappus ist offenbar gleichgültig, was unsere Kinder und Enkel abzahlen müssen. Er hat die unseriösen Steuersenkungsversprechen der FDP konsequent unterstützt. Die Folge: Die Neuverschuldung des Landes, die alleine in den beiden kommenden Jahren bei über 4,6 Milliarden Euro liegt, wird weiter steigen.

### Es kommt auf Baden-Württemberg an

Nicht nur die GRÜNEN sondern auch der Sachverständigenrat für wirtschaftliche Entwicklung, der Bundesrechnungshof, die Gewerkschaften, selbst der wissenschaftliche Beirat des Bundesfinanzministeriums wenden sich gegen die Steuersenkungspläne zum jetzigen Zeitpunkt. Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie sieht die Pläne skeptisch. Doch Merkel, Mappus und Oettinger schlagen bisher alle Warnungen in den Wind.

*„Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist in Wahrheit nur ein Schuldenwachstumsbeschleunigungsgesetz.“*  
Fraktionsvorsitzender Winfried Kretschmann

Jetzt kommt es auf den Landtag an, denn der Bundesrat beschließt am 18. Dezember über die Steuerpolitik im sogenannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“, das in Wahrheit nur ein „Schuldenwachstumsbeschleunigungsgesetz“ ist. Durch die knappen Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat kann Baden-Württemberg mit einem „Nein“ in der Länderkammer das Gesetz stoppen. Die GRÜNEN werden in der heutigen Debatte die Mitglieder der Landesregierung auffordern, ihren geleisteten Amtseid „Schaden vom Land zu wenden“ ernst zu nehmen und dem Gesetz im Bundesrat nicht zuzustimmen.